



Stellungnahme des Migrationsrats zum Zwischenbericht der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Ingolstadt

Der Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus ist ein Kernanliegen des Migrationsrats. Daher unterstützt das Gremium die Antidiskriminierungsstelle und arbeitet mit ihr zusammen. Die beiden Sprecherinnen des Migrationsrats gegen Diskriminierung sind darüber hinaus bayern- und bundesweit vernetzt.

In der Sitzung des Migrationsrates vom 26.06.2024 wurde der Tagesordnungspunkt „Bericht der Antidiskriminierungsstelle der Stadt - Bericht nach der Pilotphase und Fortführung“ behandelt. Es berichtete Frau Barbara Deimel, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin der Antidiskriminierungsstelle.

Im Rahmen ihres Vortrags stellte Frau Deimel die evaluierten Zahlen der letzten zwei Jahre vor. Bei den meisten Meldungen von Diskriminierung handelt es sich um Rassismusevents in Ingolstadt. Diese Häufung auf das Thema Rassismus ist nicht spezifisch für Ingolstadt, sondern lässt sich auch bundesweit beobachten. Dies bestätigt der kürzlich vorgelegte Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Es ist davon auszugehen, dass bei den dokumentierten Diskriminierungen aufgrund von bestehenden Hürden von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Hürden können beispielsweise in sprachlicher Form bestehen oder auch in der Tatsache begründet sein, dass man sich an eine Behörde wenden muss.

Der Leiter des Staatlichen Schulamtes, Herr Dr. Stur, spricht von steigenden Diskriminierungsvorfällen auch an Schulen. Dieses Phänomen lässt sich bei sämtlichen Schularten feststellen. Die Präventionsarbeit an den Schulen ist von großer Bedeutung, kann aber mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Die Schulen sind aktiv, benötigen jedoch aufgrund der steigenden Fallzahlen Unterstützung.

Derzeit stehen der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Ingolstadt 4 Wo.Std. zur Verfügung. Diese Stunden wurden in den letzten zwei Jahren unter anderem für den Aufbau einer Homepage, für Öffentlichkeitsarbeit, für Beratungsgespräche und auch für die Berichterstattung verwendet.

Derzeit werden die von Diskriminierung betroffenen Personen von Frau Deimel beraten und auf weitergehende Unterstützungsformate hingewiesen. Darüber hinaus werden die Betroffenen auch über ihre Rechte aufgeklärt und ihnen mögliche nächste Schritte aufgezeigt. Eine Rechtsberatung findet nicht statt.

Grundlegende Präventionsarbeit oder eine intensive Beratungsbegleitung können aufgrund der geringen Wochenstunden nicht geleistet werden. Ebenso können Schulen in ihrer Präventionsarbeit nicht unterstützt werden.

Ingolstadt ist eine weltoffene Stadt mit einem Anteil an Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund von ca. 48% - Tendenz steigend. Aus der Sicht des Migrationsrats besteht in einer Großstadt wie Ingolstadt die Notwendigkeit einer in jeder Hinsicht sehr gut ausgestatteten Antidiskriminierungsstelle.

Der Migrationsrat unterstützt daher den Ausbau der bisher in personeller und finanzieller Art nicht ausreichend ausgestatteten Antidiskriminierungsstelle.

Ingrid Gumplinger

Integrationsbeauftragte

Vorsitzende des Migrationsrates

02.07.2024